

## INSIDE

### Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 11. September 2018

---

#### Inhalt:

- › **Ständeratswahlen und Nein zur Millionärssteuer.** Auftakt von Lukas Pfisterer (S.1)
  - › **Zivilschutzausbildungszentrum (ZAZ) in Eiken.** Von Franco Mazzi (S. 2)
  - › **Interpellation betreffend politische Ausgewogenheit der Lehrmittel.** Von Titus Meier (S. 3)
  - › **Keine Steuerpolizei im Aargau.** Von Silvan Hilfiker (S. 5)
  - › **FDP.Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau im Strohmuseum Wohlen.** Von Hans-Peter Widmer (S. 6)
- 

#### Auftakt des Präsidenten

#### Ständeratswahlen und Nein zur Millionärssteuer

Lukas Pfisterer, Grossrat, Präsident FDP Aargau, Aarau  
[pfisterer@fdp-ag.ch](mailto:pfisterer@fdp-ag.ch)



**Ständerat Philipp Müller tritt im Herbst 2019 nicht mehr zu Wiederwahl an. Wir danken ihm für sein Engagement für unseren Kanton. Noch wird er jedoch nicht "entlassen" - es gibt noch viel zu tun. Die Auswahl der Nachfolge-Kandidatur ist aufgegleist und wird am Parteitag vom 29. November 2018 ins Rennen geschickt. Zuvor stimmen wir am 23. September 2018 noch über die "Halb-Millionärssteuer" ab. Die Parole ist klar: NEIN.**

Unser Ständerat Philipp Müller hat letzte Woche seinen

Verzicht auf eine Wiederkandidatur bei den Wahlen 2019 mitgeteilt. Da die Legislatur noch nicht zu Ende ist, werden wir Philipp Müller hier nicht verabschieden. Die Herbstsession hat eben erst begonnen und bis zum Ende der Legislatur stehen einige wichtige Entscheide an, gerade in der Europa-Politik, in welcher unser Ständerat zu den politischen Schwergewichten in unserem Land gehört. Eine Würdigung seiner langen politischen Karriere erfolgt daher später.

Mit seinem Entscheid ist die Ausgangslage der Ständeratswahlen nun noch offener als zuvor. Wir Freisinnige im Aargau können zuversichtlich in die Wahlen gehen,

dass wir den Sitz verteidigen können. Wir haben gute Leute in unseren Reihen - Männer und Frauen. Die Bezirksparteien sind aufgefordert, der Kantonalpartei Kandidaturen zu melden. Der Parteitag am 29. November 2018 wird dann entscheiden, welche Person für die FDP.Die Liberalen Aargau ins Rennen um den Ständeratssitz geschickt wird.

#### Nein zur Millionärssteuer

Vor dem Parteitag im November finden am 23. September 2018 Abstimmungen statt. Nebst den zwei Agrar-Vorlagen (FDP-Parole: 2x NEIN) stimmen wir über die Millionärssteuer ab. Die FDP-Fraktion lehnte die Vorlage im Grossen Rat ab.

---

#### Agenda:

Donnerstag, 27. September 2018, 19.00 Uhr: Parteitag in Ennetbaden mit Auftakt zu den Wahlen 2019  
Samstag, 29. September 2018: Delegiertenversammlung FDP Schweiz in Pratteln  
Vorschau: Donnerstag, 29. September 2019, 19.00 Uhr: Parteitag mit Nomination Ständerat

Vieles wurde über die Vorlage schon geschrieben. Sie wird nicht besser dadurch.

Unter anderem will die Initiative eine kürzlich vom Volk beschlossene Senkung der Vermögenssteuern nicht nur rückgängig machen, sondern für höhere Vermögen die Steuerbelastung sogar verdoppeln. Gleichzeitig sollen tiefe Vermögen weiter entlastet werden. Dass die Initianten da noch weiter runtergehen wollen, ist zwar sympatisch (Wer bezahlt schon gerne Steuern!), verträgt sich mit dem Hauptargument des Initiativkomitees, dass der Staatshaupthaushalt saniert werden müsse, jedoch nicht. Wenn es effektiv um Sanierung ginge, müssten einzig die hohen Vermögen stärker besteuert werden, aber nicht die tiefen Vermögen weiter entlastet. Das entlarvt immerhin den Kern der Vorlage: Es ist eine reine Neid-Initiative, getrieben vom Umverteilungs-Gedanken des Initiativkomitees.

Die Initiative hat letztlich das Potenzial, die falschen zu treffen. Denn selbst wenn man noch der Meinung sein

sollte "Den Reichen kann man es nehmen, die haben ohnehin genug", so muss man zu Ende und dabei an die eigene Gemeinde denken: In der Regel erbringen die vermögenden Personen in den Gemeinden auch einen wesentlichen Teil der Einkommensteuern. Ziehen diese Personen weg, weil sie die Erhöhung der Steuern auf Vermögen ab 500'000 Franken (abbezahlte Liegenschaft eingerechnet!) vermeiden wollen, kann das massive Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen haben, insbesondere in kleinen Gemeinden: Sie drohen zu kollabieren. Um die Gemeinde finanziell am Leben zu halten, müssen dann diejenigen zur Finanzspritze greifen, sprich mehr Steuern bezahlen, welche die Profiteure dieser Initiative sein sollten. Der Schuss dieser Neid-Initiative kann daher nach hinten losgehen.

Deshalb: NEIN am 23. September!

# FDP

Die Liberalen

## Wir sagen NEIN zur Neid-Steuer



Ulrich Bürgi

Grossrat  
Aarau



Thierry Burkart

Nationalrat  
Baden



Josef Bütler

Grossrat  
Spreitenbach



Antoinette Eckert

Grossrätin/Partei-  
vizepräsidentin  
Wettingen



Corina Eichenberger

Nationalrätin  
Kölliken



Sabina Freiermuth

Grossrätin/Fraktions-  
präsidentin  
Zofingen



Renate Gautschi

Grossrätin/  
Gemeindeamann  
Gontenschwil



Jeanine Glarner

Grossrätin/  
Gemeinderätin  
Wildeggen



Bruno Gretener

Grossrat/  
Gemeindeamann  
Mellingen



Claudia Hauser

Grossrätin  
Döttingen



Silvan Hilfiker

Grossrat/Fraktions-  
vizepräsident  
Oberlunkhofen



Stefan Huwyler

Grossrat  
Muri



Matthias Samuel Jauslin

Nationalrat  
Wohlen



Christine Keller Sallenbach

Grossrätin  
Zufikon



Gabriel Lüthy

Grossrat/  
Gemeinderat  
Widen



Franco Mazzi

Grossrat/  
Stadtammann  
Rheinfelden



Titus Meier

Grossrat/Partei-  
vizepräsident  
Brugg



Lukas Pfisterer

Grossrat/  
Parteipräsident  
Aarau



Maja Riniker

Grossrätin  
Suhr



Bernhard Scholl

Grossratspräsident  
Möhlin



Herbert H. Scholl

Grossrat  
Zofingen



Adrian Schoop

Grossrat/  
Gemeindeamann  
Turgi



Martina Sigg

Grossrätin  
Schinznach-Dorf



Gérald Strub

Grossrat/  
Gemeindeamann  
Boniswil



Daniel Suter

Grossrat/  
Gemeindeamann  
Frick

[www.fdp-ag.ch](http://www.fdp-ag.ch)

NEIN!

zur «Halb-Millionärs-  
steuer»-Initiative



[www.millionaerssteuernein.ch](http://www.millionaerssteuernein.ch)

## Zivilschutzausbildungszentrum (ZAZ) in Eiken

### Verpflichtungskredit Teilsanierung und Erweiterung

**Franco Mazzi**, Grossrat, Stadtammann, Rheinfelden  
[franco.mazzi@grossrat.ag.ch](mailto:franco.mazzi@grossrat.ag.ch)



#### **Vorwärts mit dem ZAZ**

Das ZAZ ist das Zentrum für Zivilschutzausbildung in Eiken, welches 1983 in Betrieb genommen wurde, um den Organisationen des Bevölkerungsschutzes, insbesondere dem Zivilschutz, zu dienen.

Das Geschäft 18.90 beinhaltet einen Verpflichtungskredit von 8.3 Mio. CHF. Dieser soll dazu verwendet werden, dieses Ausbildungszentrum des Bevölkerungsschutzes in Eiken, welches baulich und konzeptionell in die Jahre gekommen ist und der ganzen Nordwestschweiz dient, teilweise zu sanieren und baulich sinnvoll zu ergänzen.

Um den Anforderungen des neuen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes des Bundes auch künftig genügen zu können, sollen insbesondere die Anzahl und die Grösse der Schulräume erweitert werden. Dadurch wer-

den grössere Klassen möglich, welche mit weniger Lehrpersonal als heute geschult werden können und damit Effizienzgewinne im Ablauf der Schulungen ermöglicht.

Dass die baulichen Sanierungen unumgänglich sind, davon konnten sich die Kommissionen AVW und SIK auf einem Rundgang und einer Orientierung samt Diskussion vor Ort überzeugen. Ebenfalls konnte dabei festgestellt werden, dass die vorgesehenen Sanierungen wichtig und massvoll sind und die geplanten Erweiterungen durchdacht und sinnvoll.

Beide Kommission haben sich deshalb einstimmig für den Kredit ausgesprochen, der Grosse Rat ist diesen Empfehlungen ebenfalls einstimmig gefolgt.

Etliche Ratsmitglieder freuten sich, dass damit eine bedeutende kantonale Einrichtung, die aus Kantonssicht etwas dezentral liegt - was natürlich dem Flächenangebot und den entsprechenden Landpreisen zu verdanken ist - mit dieser Investition gestärkt in eine gute Zukunft geführt wird.

## Interpellation betreffend politische Ausgewogenheit der Lehrmittel

### Politisch einseitige Lehrmittel?

**Titus Meier**, Grossrat, Brugg  
[titus.meier@grossrat.ag.ch](mailto:titus.meier@grossrat.ag.ch)



**Im Hinblick auf die Einführung des neuen Lehrplans werden auch an den Aargauer Schulen neue Lehrmittel notwendig werden. Wie die NZZ vergangene Woche aufdeckte, kommen einige ideologisch gefärbt daher. Die Fraktion hat deshalb dem Regierungsrat einige kritische Fragen dazu unterbreitet.**

Mit der Einführung des Lehrplans 21 (Lehrplan Aargau) werden in verschiedenen Fachbereichen der Volksschule neue Lehrmittel notwendig werden, so etwa im Fachbereich „Räume, Zeiten, Gesellschaften“ (ehemals

Geschichte und Geografie) und im neuen Fach „Politische Bildung“. Wie ein Artikel von Lucien Scherrer in der NZZ vom 30. August 2018 aufzeigte, ist die politische Ausgewogenheit und Neutralität des Lehrmittels „Gesellschaften im Wandel“ des Lehrmittelverlags Zürich mindestens in einigen

Themenbereichen nicht gegeben. Anstatt unterschiedliche Positionen sichtbar zu machen und einander gegenüberzustellen, werde einseitig u.a. die Sichtweise von Gewerkschaften und globalisierungskritischen NGOs dargestellt.

So beschränkt sich etwa die Thematisierung des Kalten Krieges in der Schweiz auf den Fichenskandal: „Während des Kalten Krieges verloren die Behörden zum Schutz des Schweizer Staates jedes Mass. Ohne rechtliche Grundlage überwachten sie Hunderttausende Menschen, von denen die meisten mit ihrem Handeln nie gegen das Gesetz verstossen haben.“ Im weiterführenden Material erfahren die Schülerinnen und Schüler etwas über Herrn Frey, der damals fichiert worden war. Eine Schülerin fragt Herrn Frey, ob er denn „Kommunist“ gewesen sei. Dieser verneinte: „Nein, das war ich nicht. Aber ich war politisch interessiert. Ich fand viele Dinge ungerecht und einseitig in der Schweiz. Ich habe viele Bücher gelesen, Zeitungsartikel geschrieben und an Friedensdemonstrationen teilgenommen, mich für Flüchtlinge eingesetzt. Wegen dieser Zeitungsartikel und der Teilnahme an den Friedensdemonstrationen galt ich als Kommunist.“ Abgebildet wird die Fiche von Herrn Frey, woraus u.a. hervorgeht, dass er für die LMR politisierte. Die Schülerinnen und Schüler erfahren aber nicht, dass LMR für die „Revolutionäre Marxistische Liga“ stand, welche den revolutionären Umbruch der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung anstrebte.

Das Lehrmittel „Gesellschaften im Wandel“ macht auch in anderen Belangen gewagte Verkürzungen. So zeichnet sich eine liberale Partei etwa dadurch aus, dass sie „für eine Öffnung der Schweiz gegenüber Europa (zum Beispiel Europäische Union)“ einsteht und ihnen Toleranz wichtig sei. Über das Verhältnis zum Staat und zur Eigenverantwortung erfahren die Schülerinnen und Schüler hingegen nichts. Ebenfalls etwas gar verkürzt wurde das „Waldsterben“, das die Bevölkerung in den 1980er-Jahren bewegte. Während in der Forschung unklar ist, ob es überhaupt stattgefunden hat und falls ja, welches die Ursachen dafür waren, so

zeigt das Schulbuch eine Kausalität auf zwischen den Protesten, den ergriffenen Massnahmen und der Stabilisierung des Waldzustands. Auch in anderen Bereichen werden umstrittene Fragen als einfache Wahrheiten dargestellt. So bestehe heute noch auf dem Arbeitsmarkt eine Lohnungleichheit von rund 20 Prozent zwischen Männern und Frauen, ohne zu erwähnen, dass andere Studien zu deutlich abweichenden Resultaten gelangen. Generell fällt im Lehrmittel eine latent antikapitalistische und klassenkämpferische Grundhaltung auf. Dazu passt, dass NGOs verhältnismässig ausführlich und unkritisch zu Wort kommen und generell als Kämpfer für die gute Sache dargestellt werden.

Anstatt unterschiedliche Positionen sichtbar zu machen und einander gegenüberzustellen, wird einseitig die Sichtweise von Gewerkschaften und globalisierungskritischen NGOs dargestellt. Gemäss Schulgesetz sind die öffentlichen Schulen politisch und konfessionell neutral. Doch was nützt diese Neutralität, wenn sie die eingesetzten Lehrmittel nicht einhalten? Es ist staats- und bildungspolitisch problematisch, wenn Lehrmittel (inkl. Handbücher für Lehrpersonen) eine politische Färbung aufweisen. Gerade bei umstrittenen Themen wäre es umso wichtiger, wenn die Lehrmittel den zu behandelnden Sachverhalt ausgewogen darstellen und kontroverse Standpunkte relativieren würden, um das breite Spektrum an Meinungen und Argumenten sichtbar zu machen. Ziel sollte es sein, die Jugendlichen zu einem eigenständigen, kritischen Denken zu animieren, ohne sie einseitig politisch zu beeinflussen.

Zwar ist das Schulbuch aus dem Zürcher Lehrmittelverlag an den Aargauer Schulen noch nicht eingeführt, doch steht gemäss Lehrmittelplanung eine Prüfung an. Da der Regierungsrat für die Einführung von neuen Lehrmitteln zuständig ist, hat die FDP-Fraktion mit der Interpellation eine Reihe von kritischen Fragen eingereicht.

## Keine Steuerpolizei im Aargau

### «Neue» Mode im Grossen Rat

Silvan Hilfiker, Fraktionsvizepräsident, Oberlunkhofen

[silvan.hilfiker@grossrat.ag.ch](mailto:silvan.hilfiker@grossrat.ag.ch)



**«Neue» Mode im Grossen Rat: Vorstoss einreichen, langes Votum halten und danach zurückziehen, damit sich die politischen Gegner nicht äussern können. Angst vor einer Niederlage?**

Am letzten Dienstag war ich gleich zweimal frustriert. Zwei Grossrätinnen haben ihre Vorstösse zurückgezogen weil sie gemerkt haben, dass sie keine Mehrheit

finden. Klar, das ist legitim und gehört zum Spiel. Jedoch können sich die politischen Gegner in diesem Fall nicht äussern und die Vorstösse sind mit dem Rückzug erledigt.

Die SP forderte eine Steuerpolizei. Sie wollten das Steuergesetz anpassen, damit zur Bekämpfung von schweren Steuervergehen Steuerdetektive eingesetzt werden können. Die Konsequenz: es müssten finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden. Wieso aber wurde der Vorstoss überhaupt eingereicht?

Die SP geht davon aus, dass bedeutende Einkommens- und Vermögenswerte am Fiskus vorbeigeschmuggelt werden und vermutet folglich potenzielle Steuereinnahmen. Der Regierungsrat empfahl den Vorstoss abzulehnen und auch unsere Fraktion wollte ihn einstimmig ablehnen. Wollte – weil wir nicht konnten, da der Vorstoss zurückgezogen wurde. Für uns waren folgende Gründe ausschlaggebend:

**Wir wollen keine neue Staatsaufgabe:** Mit der Einführung der Steuerpolizei wird eine neue Staatsaufgabe kreiert. Anstatt eine neue Aufgabe aufzubauen, würde besser beim Veranlagungsstand angesetzt. Dafür wäre uns auch die Bevölkerung dankbar. Der Veranlagungsstand im 2017 lag bei natürlichen Personen bei rund 63 % und bei juristischen Personen bei etwa 45 %. Würde der Veranlagungsstand steigen, so würden auch mehr Steuereinnahmen generiert.

**Schwierig umsetzbar:** Eine Observation im öffentlichen Raum bringt nichts. Welches Auto jemand fährt oder wo sich jemand aufhält, sagt doch nichts darüber aus, ob Einkommens- oder Vermögenswerte unterschlagen werden oder nicht.

**Übergeordnetes Bundesrecht würde verletzt:** Das übergeordnete Bundesrecht würde verletzt, der Grosse Rat als Gesetzgeber darf schon aus diesem Grund nicht zustimmen. Dazu kommt: bereits heute bestehen zahlreiche Untersuchungsmittel.

Die SP hat bereits angedroht, mit einer Standesinitiative das Anliegen nach Bern zu schicken. Ich bin gespannt - die FDP wird wohl auch einer Standesinitiative nicht zustimmen. Oder wäre es ein Kompromiss, um den Weg zur Einführung von Sozialdetektiven zu ebnet? Wohl kaum.

## FDP.Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau Einblick in Aargauer Kulturgut und Industriegeschichte

Hans-Peter Widmer, ehem. Redaktor und FDP-Grossrat, Hausen  
[hanspeter.widmer@hispeed.ch](mailto:hanspeter.widmer@hispeed.ch)



**Das Strohmuseum im Park in Wohlen ist eine Preziose, ein Hort besonderer Kostbarkeiten, ein Schaufenster der Aargauer Industriegeschichte und eine Schatzkammer für vollendetes Kunsthandwerk. Diese Entdeckung machten die Seniorinnen und Senioren der FDP.Die Liberalen Aargau am 22. August.**

Der Beschluss, das schon länger bestehende Stroh-museum in Wohlen vor fünf Jahren in die ehemalige Villa der Strohfabrikantenfamilie

Isler zu verlegen, war ein Glücksfall. Die um 1860 in klassizistischem Stil erbaute Liegenschaft, zu der noch Nebengebäude wie Stöckli, Stallungen und Gärtnerhaus gehören, wurde mit Sorgfalt für eine zeitgemässe, multimediale und interaktive museologische Nutzung umgestaltet. Ein rund 7'000 Quadratmeter grosser Park mit über 150-jährigen exotischen Bäumen unterstreicht das gepflegte Ambiente – exklusive Pflanzen waren damals Ausdruck von Weltläufigkeit.

### Wahre Kunstwerke

Das Strohmuseum im Park Wohlen widmet sich der aussergewöhnlichen Geschichte der einheimischen Strohgeflechtindustrie. In keiner andern Region der Welt wurden so feine Strohflecharbeiten und Hutgarnituren hergestellt wie im aargauischen Freiamt. Das Handwerk gelangte vermutlich aus Italien in die Schweiz. Die Verarbeitung des günstigen Naturproduktes Roggenstroh bildete die Grundlage für einen blühenden Wirtschaftszweig. Was im 18. und 19. Jahrhundert als Heimarbeit und bäuerliches Kunsthandwerk begann, entwickelte sich zu einer exportorientierten Industrie mit maschineller Produktion für einen launenhaften internationalen Modemarkt – bis zum Niedergang in den 1970er Jahren.

Diese Geschichte wird im Strohmuseum auf packende Art erzählt. Praktisch jedes Freiamter Dorf hatte seine

eigenen Geflechte. Die regionalen Muster wurden streng gehütet und über mehrere Generationen weitergegeben. Die Sujets entstanden aus beeindruckender Fantasie und Handfertigkeit – mit rauen, von bäuerlicher Arbeit geprägten Händen, aber auch mit ganz feinen Fingern: Kinderarbeit!

### Bedeutender Export

Die FDP Seniorinnen und Senioren besichtigten das Museum in zwei Gruppen mit hervorragenden Führerinnen. Der Rundgang begann im einstigen Speisezimmer der Villa Isler mit einer multimedialen Einführung in das Thema. Danach wurde die vorindustrielle Strohverarbeitung mit wahren Schmuckstücke aus der Heimarbeit und schliesslich die maschinelle Produktion mit neuen Materialien präsentiert. 1921 erreichte der Strohgeflechtexport ein Volumen von 50 Millionen Franken; das entsprach damals fast einem Viertel der Gesamtausfuhren der schweizerischen Maschinenindustrie. Dass der unerwartet rasche Niedergang der Branche im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts keine grösseren wirtschaftlichen und sozialen Folgen für den Aargau und das Freiamt hatte, war dem Umstand der Hochkonjunktur und dem anziehenden Arbeitskräftemangel zu verdanken.

Nach der Museumsbesichtigung, die auf ein gutes Echo stiess, pflegten die FDP Seniorinnen und Senioren die persönlichen Kontakte bei einem Imbiss im Hotel „Bären“. Als nächste Veranstaltung kündigte die Vorsitzende Ursula Brun Klemm eine Begegnung mit FDP-Kantonalpräsident Lukas Pfisterer am 22. November im „Schützen“ in Aarau an.



**Bildlegende**

*Die FDP-Seniorinnen und Senioren waren vom Strohmuseum beeindruckt. (Bild.Alfred Bossard)*

---

**Redaktion und Versand INSIDE:**

Sandra Ilg, Fraktionssekretärin FDP.Die Liberalen Aargau. E-Mail: [info@fdp-ag.ch](mailto:info@fdp-ag.ch)